



**Liebe Kielerinnen und Kieler,
herzlich willkommen zur „Sprotte“,
dem kommunalpolitischen Informationsblatt der CDU-Ratsfraktion Kiel. Wir wollen Ihnen auf diesem Wege einen Teil unserer Arbeit im Rathaus vorstellen. Als von den Kielerinnen und Kielern gewählte Ratsmitglieder stehen wir Ihnen gern mit Rat und Tat zur Seite, kümmern uns um Ihre Sorgen und freuen uns über Ihre Anregungen. Bitte sprechen Sie uns an.**

Mit freundlichen Grüßen

**Ihr Stefan Kruber
Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion**

Kiel in schwerem Fahrwasser

Die öffentliche Sicherheit, gute Bildungschancen, Familienfreundlichkeit, eine lebendige Kulturlandschaft und vor allem auch die Gewissheit, im Bedarfsfall von der Gemeinschaft sozial abgesichert zu werden, sind die Voraussetzungen für eine hohe Lebensqualität in Kiel.

Dies alles ist ohne einen Sparkurs, der sich an den Zielen der Gerechtigkeit und der Nachhaltigkeit orientiert - bei gleichzeitiger Stärkung des Bildungs- und Wirtschaftsstandortes, in Gefahr. Die Ratsmehrheit hat einen Haushaltsplan beschlossen, demzufolge die städtischen Schulden bis 2013 auf insgesamt eine Milliarde Euro steigen, sich somit binnen 4 Jahren mehr als verdoppeln. Statt Sparanstrengungen zu unternehmen, ergeht sich die Ratsmehrheit in Klientelpolitik und treibt Schönwetterprojekte wie ein Künstleratelierhaus oder eine Orchideenwiese voran.

Die CDU-Ratsfraktion will als einzige Fraktion im Rat ernsthaft dieser Finanzentwicklung entgegensteuern. Wir fordern, alle Ausgabenbereiche daraufhin zu überprüfen, ob Leistungen verzichtbar, reduzierbar oder optimierbar sind. Harte Einschnitte, insbesondere bei den laufenden Kosten, sind unumgänglich.

Sparen darf aber kein Selbstzweck sein. Das Geld der Steuerzahler muss gleichzeitig zukunftsorientiert für die Bürger-

innen und Bürger investiert werden. Die Kieler Schulen müssen in einen Zustand versetzt werden, der gute Lernbedingungen ermöglicht. Und gerade in der Krise müssen wirtschaftsförderliche Investitionen erfolgen, denn eine Stärkung des Wirtschaftsstandortes führt zu mehr Arbeitsplätzen. Wenn mehr Menschen Arbeit haben, bedeutet dies geringere Sozialausgaben und steigende Steuereinnahmen.

Konkret bedeutet das: Kiels Hafen muss ebenso gestärkt werden wie die Attraktivität Kiels als touristisches Ziel. Die Verkehrsanbindung nach Süden muss durch den Anschluss der A21 an Kiel verbessert werden. Energie muss in Kiel für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Wirtschaft verlässlich und zu vertretbaren Preisen verfügbar sein.

Wenn Oberbürgermeister und Ratsmehrheit nun eine 180°-Wende in der Finanzpolitik ankündigen und CDU-Ideen aufgreifen, so beweist das: Der klare, ehrliche, aber auch schmerzhafteste Kurs der CDU-Ratsfraktion ist alternativlos.

Unterstützen Sie uns dabei, Kiel als Wirtschafts- und Bildungsstadt zu stärken und unsere Heimatstadt so langfristig lebens- und liebenswert zu erhalten.

Stefan Kruber, Fraktionsvorsitzender





Schulen: Planlose Planung

Die offensichtliche Orientierungslosigkeit von Oberbürgermeister Torsten Albig, die sich jüngst in seiner angekündigten 180 Grad-Wende in der Sparpolitik der Stadt ausdrückte, erlebte jetzt in dem Vorgehen der von ihm geführten – oder besser: nicht geführten – Verwaltung bezüglich der Planungen für die Schulen einen neuen Höhepunkt. Eine Sondersitzung der Ausschüsse für Schule/Sport und Bau Anfang März wurde zu einer Farce, nachdem aus der angekündigten Beschlussvorlage zu den Erweiterungsbauten der Goetheschulen und Ricarda-Huch-Schule eine magere zweiseitige Geschäftliche Mitteilung wurde, mit der die Bauverwaltung des grünen Bürgermeisters Todeskino verzweifelt versuchte, die massiven und fachlich fundierten Einwände der Anwohner abzuwehren. Die Verwaltung und die rotgrüne Mehrheit verweigerte strikt jeden Kompromiss. Fakt ist: der gesamte Planungsprozess ist schief gegangen. Dies betrifft nicht nur die misslungene Fach-

und Finanzplanung, sondern auch die mangelhafte Beteiligung der Selbstverwaltung und der Anwohner. Nach Berücksichtigung der – grundsätzlich berechtigten – Wünsche der Schule sollte das Ganze 8 Mio. Euro kosten. Auf Zuruf von Rotgrün packte die Verwaltung eben noch mal eine Sporthalle für 3 Mio. Euro obendrauf, so dass nun unversehens stolze 11 Mio. Euro in einen einzigen Schulstandort gehen.

Dies ist Politik ohne Maß und Ziel. Aus kurzfristigen populistischen Gründen wird nicht nur die katastrophale Haushaltslage der Stadt, sondern auch die Tatsache, dass in den nächsten Jahren an vielen weiteren Schulen erhebliche Investitionen zwingend notwendig werden – von dem wenigstens 110 Mio. Euro schweren Projekt der Berufsschulen ganz zu schweigen – ignoriert. Woher soll das Geld kommen? Die CDU-Ratsfraktion fordert, dass auch für die Schulen klare Ziele, Schwerpunkte und Prioritäten gesetzt werden. Dringend vonnöten ist eine wirtschaftliche Gesamtplanung, wie die Umsetzung der Schulreform durchgeführt werden kann. Dazu gehört auch, Kostenobergrenzen für alle Projekte einzuziehen, die das Maß für die Planung festlegen. Ein sorgsamer, effektiver und gerechter Einsatz der knappen Mittel ist in dieser Situation Pflicht der Politik. Von alledem keine Spur. Stattdessen setzen SPD und Grüne weiter auf die unbegrenzte Kreditfähigkeit der Stadt und belasten

nachfolgende Generationen. Gleichzeitig aber zu behaupten, man verfolge im Bildungsbereich eine verantwortliche Politik für die jungen Generationen, ist schlichtweg dreist.

Stephan Ehmke, schulpolitischer Sprecher

Kurz berichtet:

Quo vadis Innenstadt?

Nachdem nun Karstadt am Alten Markt geschlossen hat, steht der Kieler Innenstadt die größte Veränderung seit Jahren bevor. Veränderungen beinhalten jedoch immer auch eine Chance, die es zu nutzen gilt: Die CDU-Ratsfraktion hat die Hoffnung nicht aufgegeben, dass es zu einer sog. „großen Lösung“ unter Einbeziehung des LEIK kommt und sich mögliche Investoren durch das Zögern und Zaudern der rotgrünen Ratskooperation nicht abschrecken lassen.

Wolfgang Homeyer, baupolitischer Sprecher



Eine neue Konzert- und Kongresshalle für Kiel?

Die Konzerthalle ist seit längerem baulich und technisch veraltet, auch mangelt es an Hallenkapazitäten für größere Kongresse in Kiel. Daher hatte die CDU-Ratsfraktion zur Februar-Sitzung der Ratsversammlung beantragt, dass ein touristisches Gesamtkonzept zur Förderung des Kongress- und Konzerttourismus in Kiel entwickelt wird, in dem auch der Neubau einer kombinierten Konzert- und Kongresshalle z. B. in exponierter Lage an der Hörn, möglicherweise sogar auf dem Hörngelände, geprüft wird. Ziel sollte es

sein, neue kulturelle Veranstaltungen und Kongresse nach Kiel zu holen. Zugleich hätte die Chance bestanden, nach dem Scheitern des maritimen Science-Centers ein neues Projekt zur Förderung durch das Land Schleswig-Holstein anzumelden. Leider wurde diese Chance durch die Kooperation von SPD, Grünen und SSW leichtfertig vertan, indem sie stattdessen mit Mehrheit beschloss, lediglich eine Sanierung bzw. Neugestaltung der Konzerthalle am Schloss prüfen zu lassen. Die CDU-Ratsfraktion befürchtet, dass diese

„Altbausanierung“ nicht förderfähig und kaum günstiger im Vergleich zu einem Neubau sein wird. Zumindest hätte die CDU-Ratsfraktion erwartet, dass zunächst die verschiedenen Möglichkeiten geprüft und gegenübergestellt werden, bevor eine Entscheidung getroffen wird.

Erika Diehr, kulturpolitische Sprecherin

Der Kieler Hafen auf dem richtigen Kurs

Der Kieler Hafen eilt von Jahr zu Jahr bei den Kreuzfahrern zu neuen Anlaufrekorden und baut damit seine führende Stellung in Deutschland stetig aus. Im Jahr 2009 wurden 115 Anläufe von 21 verschiedenen Schiffen mit über 290.000 Passagieren gezählt, und für die Saison 2010 von April bis Oktober liegen bisher 138 Anmeldungen vor. Die Zahl der ein- und aussteigenden Kreuzfahrtpassagiere wird sich dadurch auf über 300.000 erhöhen. Es zeigt sich damit erneut, dass die unter CDU-Führung angeschobenen Investitionen in den Ausbau der Kreuzfahrerkapazitäten z.B. mit den neuen Terminals am Ostseekai und am Schwedenkai für die Weiterentwicklung des Kieler Hafens die richtigen Entscheidungen waren. Der Kreuzfahrerbereich hat sich so neben dem traditionellen Fährgeschäft und dem Güterumschlag zu einem weiteren wichtigen Standbein für die Kieler Hafenwirtschaft entwickelt.

Darauf können die Landeshauptstadt Kiel und alle Beteiligten mit Recht sehr stolz sein! Doch jetzt gilt es, sich nicht nur auf diesem Erfolg auszuruhen: Die Wertschöpfung für die Landeshauptstadt Kiel aus dem See- und Fährtourismus und insbesondere auch aus dem Güterumschlag muss in den nächsten Jahren weiter erhöht werden. Dazu bedarf es eines Ausbaus und einer Verbesserung der Angebote für die Fähr- und Kreuzfahrttouristen in Kiel insgesamt, u. a. auch durch eine Reattraktivierung der Innenstadt. Ein erster kleiner Schritt könnte der „Kreuzfahrersonntag“ am 22. August 2010 sein. Erstmals in diesem Jahr ist damit eine Sonntagsöffnung in der Kieler Innenstadt und der Holtenauer Straße während der Kreuzfahrersaison erlaubt.

Ralph Roick, wirtschaftspolitischer Sprecher

Wärmeenergieversorgung für Kiel

Seit die rotgrüne Ratsmehrheit 2008 ein Zukunftskonzept für klimaverträgliche Energieerzeugung beschlossen hat, feiert sie ihren "Sieg über die Kohle". Tatsächlich passiert ist in der langen Zeit erschreckend wenig – obwohl 2015 die Laufzeit des jetzigen Kraftwerkes endet und bis dann kaum Bauplanungen, Neubauten und Inbetriebnahmen erfolgen werden. Konkrete Lösungen sind nicht in Sicht. Daher sollte allmählich konstruktiv gedacht und über die Wärmeenergieversorgung entschieden werden. Nach einem Bericht der Verwaltung könnten mit Erd- und Biogas ein Zentralkraftwerk und viele kleine dezentrale Blockheizkraftwerke im Stadtgebiet betrieben werden. Das Wort "sozial" kam darin nicht vor, und insgesamt wirft der Text mehr Fragen auf als er Antworten gibt. Bei Erdgas bestehen Liefer- und Kosten-

entwicklungsunsicherheiten, für dezentrale Kraftwerke werden Anzahl, Standorte oder Wirkungsgrade nicht offengelegt, durch Energiepflanzenanbau entstehen ökologische Schäden. Auch müßte die Kooperation beginnen, die Nachbarschaften über den täglich vielfachen Lastwagenverkehr zur Anlieferung der Energieträger zu informieren. Die CDU-Ratsfraktion hat befürwortet, alle möglichen Energievarianten hinsichtlich Wirtschaftlichkeit, Umweltsrelevanz und sozialer Belange sachlich zu prüfen. Rotgrün lehnte ab. Und nun? Auf konkrete Nachfrage konnte der Bürgermeister ausdrücklich nicht ausschließen, dass wegen Fehlens betriebsbereiter Alternativen eine Versorgungslücke eintritt.

Robert Vollborn, umweltpolitischer Sprecher

Rekommunalisierung – kein Allheilmittel

Die Restabfall- und Altpapiersammlung in der Landeshauptstadt Kiel wird zum 01. Januar 2012 vollständig dem Abfallwirtschaftsbetrieb Kiel (ABK) übertragen. Damit endet die lange Tradition der Beteiligung privater Entsorgungsunternehmen an der Hausmüllabfuhr in Kiel. Die CDU-Ratsfraktion befürchtet bei der von Rotgrün beschlossenen Rekommunalisierung der Müllabfuhr erhebliche Gebührenerhöhungen für die Kieler Bürgerinnen und Bürger. Da keine Neuausschreibung erfolgt, kann auch nicht festgestellt werden, wer der günstigste Anbieter ist. Die vom ABK in Auftrag gegebene hypothetische Vergleichsberechnung, die natürlich den



ABK als kostengünstiger einstuft, überzeugt die CDU-Ratsfraktion nicht. Denn zunächst sind erhebliche Investitionen erforderlich, da der ABK zusätzliche Müllwagen benötigt. Zu kritisieren ist ebenfalls, das Wiederaufleben der Quersubventionierung defizitärer öffentlicher Betriebe oder Betriebsteile. Für die CDU-Ratsfraktion stehen die Kieler Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler im Vordergrund. Daher muss in jedem Einzelfall geprüft werden, welcher Weg der Bessere und Günstigere ist. Da dieser Nachweis nicht erbracht ist, konnte die CDU-Ratsfraktion der Rekommunalisierung nicht zustimmen.

Dietrich Huckriede, abfallpolitischer Sprecher



Wir machen uns für Sie stark: Ihre CDU-Ratsfraktion:



Stefan Kruber
Fraktionsvorsitzender
Finanzpolitischer Sprecher



Robert Vollborn
Stellv. Fraktionsvorsitzender
Umweltpolitischer Sprecher



Wolfgang Homeyer
Stellv. Fraktionsvorsitzender
Baupolitischer Sprecher



Sigrid Schröter
Schatzmeisterin



Rainer Tschorn
1. Stellv. Stadtpräsident
Sportpolitischer Sprecher



Ratsfrau Erika Diehr
Kulturpolitische Sprecherin



Stephan Ehmke
Schulpolitischer Sprecher



Michael Frey
Personalpolitischer Sprecher



Kristina Herbst
Gesundheitspolitische
Sprecherin



Dietrich Huckriede
Abfallpolitischer Sprecher



Rainer Kreuzt
Ordnungspolitischer
Sprecher



Bernhard Krumrey
Hochschulpolitischer
Sprecher



Sönke Lintzen
Ratsherr



Heinz Malonn
Seniorenpolitischer
Sprecher



Michaela Pries
Frauenpolitische Sprecherin



Ralph Roick
Wirtschaftspolitischer
Sprecher



Jan Wohlfarth
Sozial- und jugend-
politischer Sprecher

Ideen? Fragen? Sorgen? Probleme?

Nehmen Sie Kontakt mit uns auf!

CDU-Ratsfraktion, Rathaus, 24099

Tel.: 0431-901-2524 oder -2526

Fax: 0431-901-63031

E-Mail: cdu-ratsfraktion@kiel.de

Internet: www.cdu-ratsfraktion-kiel.de